

## AUFSÄTZE

### **Christlich – sozial – europäisch: Karl Arnold als politischer Begründer Nordrhein-Westfalens**

Von Jürgen Rüttgers

#### *I. Einführung*

Im Juni 2008 jährte sich der Todestag Karl Arnolds zum fünfzigsten Mal. Doch auch ein halbes Jahrhundert nach seinem viel zu frühen Tod ist dieser Mann bei den Menschen in Nordrhein-Westfalen unvergessen. „Sein Name“, schrieb der damalige Landtagspräsident Ulrich Schmidt zu Arnolds 100. Geburtstag im Jahre 2001, „bleibt mit dem demokratischen Neubeginn, nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern im gesamten westlichen Teil Deutschlands verbunden.“

Aber reicht diese zweifellos richtige Feststellung aus, das Faszinosum zu erklären, welches vom Menschen und Politiker Karl Arnold ausgeht und das ihn nicht nur im Gedächtnis, sondern auch in den Herzen vieler Bürgerinnen und Bürger des Landes an Rhein und Ruhr einen festen Platz hat finden lassen?

Es war keineswegs allein der schwierige Neuanfang in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft nach der Doppelkatastrophe von Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg, dessen am Ende gelungene Gestaltung die historische Dimension von Arnolds Persönlichkeit ausmacht. Sein wichtigstes Alleinstellungsmerkmal besteht vielmehr in dem, was sein Denken, Handeln und Wirken bestimmt und ausgezeichnet hat und was überhaupt erst die Voraussetzung seiner politischen Erfolge bildete. Das politische Programm Karl Arnolds kann man mit drei Begriffen zusammenfassend beschreiben: christlich, sozial und europäisch.

Als ich kurz nach meiner Vereidigung als Ministerpräsident im Juni 2005 am Ehrengrab Arnolds auf dem Düsseldorfer Südfriedhof einen Kranz niederlegte, geschah dies in dem Bewusstsein, dass christlich, sozial und europäisch nicht nur charakteristische Merkmale der Politik des Ministerpräsidenten Arnold gewesen sind, sondern durch ihn und über ihn das Wesen dieses neuen Landes, unseres Nordrhein-Westfalen, bis heute ungebrochen auszeichnen. Über alle Epochen- und Regierungswechsel hinweg. Die bedeutenden Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens nach Arnold – Franz Meyers, dessen 100. Geburtstag und 50. Jahrestag der Wahl zum Ministerpräsidenten wir 2008 ebenfalls gedenken, Heinz Kühn, Johannes Rau – haben jeder auf seine Art und in seiner Zeit das Gesicht dieses Landes verändert und wichtige Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen. Aber sie konnten dies nur tun auf der Basis dessen, was Karl Arnold, der politische Begründer Nordrhein-Westfalens, zugrunde gelegt hat.

## II. Biographische Anfänge

Karl Arnold waren Aufgabe und Lebensleistung weder geographisch noch biographisch in die Wiege gelegt. Ganz im Gegenteil. Geboren wurde er in kleinen Verhältnissen am 21. März 1901 im oberschwäbischen Herrlishöfen bei Biberach. Mit achtzehn Jahren absolvierte er eine Schuhmacherlehre. Doch bereits im Jahr darauf wechselte er auf Vermittlung des damaligen Reichsfinanzministers Matthias Erzberger, einem der fähigsten deutschen Parlamentarier und führenden Kopf der katholischen Zentrumspartei, nach München. In der bayerischen Hauptstadt besuchte er die Soziale Hochschule Leohaus, die junge katholische Arbeitnehmer auf eine Tätigkeit in den Christlichen Gewerkschaften vorbereitete.

Katholisch und sozial – hier gingen die beiden großen Konstanten im Leben Karl Arnolds erstmals eine praktisch-politische Verbindung ein. Eine sehr wirksame Verbindung, wie sich alsbald erweisen sollte. Der Schwabe Arnold siedelte 1921 in die rheinische Metropole Düsseldorf über, um in der Geschäftsstelle des christlichen „Deutschen Gewerkschaftsbunds“ – nicht zu verwechseln mit der heutigen Einheitsgewerkschaft – als Referent für das Lederhandwerk tätig zu werden. Die moderne Stadt am Rhein, zugleich ein Zentrum der interkonfessionell orientierten christlichen Arbeitnehmerbewegung, wurde ihm fortan zur Heimat. Seine *politische Heimat* aber fand Arnold im Zentrum. Er stritt bewusst und entschlossen für Demokratie und Republik, weil er wusste, dass nur in einer freiheitlichen, demokratischen Staatsordnung wirklicher sozialer Ausgleich und Ausbau der Arbeitnehmerrechte möglich sind. Folgerichtig vollzog sich sein politischer und beruflicher Aufstieg parallel: 1925 rückte er in den Düsseldorfer Zentrumsvorstand auf, 1926 gelangte er an die Spitze des Düsseldorfer DGB, und nach den Kommunalwahlen des Jahres 1929 zog er erstmals in den Rat der Stadt ein, wo er sich rasch weit über die Zentrumsfraktion hinaus einen Namen machte.

In der dunklen Zeit der nationalsozialistischen Diktatur, die 1933 begann, verlor das bisherige Leben Arnolds nach und nach seine Grundlagen. Auf die Zerschlagung der freien Gewerkschaften folgte die erzwungene Selbstauflösung der Zentrumspartei. Karl Arnold büßte Mandat und Beruf ein, aber nicht die Freiheit. Mit viel Glück und Geschick gelang es ihm, sich eine neue freiberufliche Existenz aufzubauen, die ihn – so weit es möglich war – vom neuen „System“ unabhängig machte und die wachsende Familie ernährte. Die Distanz Arnolds zum NS-Staat schärfte nur seinen Blick für dessen verbrecherische und menschenverachtende Natur. Er leistete keinen offenen Widerstand, aber seine regimekritische Haltung ist unbestritten und manifestierte sich u. a. in der Mitarbeit in einem Zirkel um den ehemaligen Düsseldorfer Oberbürgermeister Robert Lehr. In den als sonntägliche „Bibellesungen“ getarnten Zusammenkünften im Hause Lehr ging es, ähnlich wie im niederschlesischen

Kreisau, vor allem um den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung nach dem verlorenen Krieg.

Eines war Arnold und seinen Gesinnungsfreunden schon vor dem Kriegsende klar: Ein wie auch immer aussehendes Nachkriegsdeutschland wird entweder demokratisch, sozial, christlich und europäisch sein, oder es wird keine Zukunft haben. Die Idee des freiheitlichen, einigen, sich auf seine gemeinsame abendländische Kulturtradition besinnenden Europa als Antwort auf die nationalsozialistische Barbarei mit ihrer Entwertung aller menschlichen Werte, ihrer totalen Negation von Menschenwürde, Religion und Gerechtigkeit, ihrem Rassenhass und chauvinistischen Größenwahn ist die dritte wesentliche Komponente, die 1945 das politische Weltbild Karl Arnolds vervollständigt hat.

### *III. Neubeginn 1945 und Gründung der CDU*

„Wir müssen alles neu machen.“ Diese Worte Konrad Adenauers stehen programmatisch auch über dem Neubeginn im mittlerweile britisch besetzten Düsseldorf im Sommer 1945. Kaum eine Nation hat jemals eine so vollkommene militärische, politische und vor allem moralische Niederlage erlitten wie die deutsche im Zweiten Weltkrieg. Nicht alle Deutschen aber waren zu Tätern geworden. Die, die Verfolgung und Widerstand überlebt hatten, standen bereit zur Übernahme von Verantwortung. Es waren Männer und Frauen, Bürgerliche und Arbeiter, Katholiken und Protestanten, Freiberufler und Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten. Bei allen Unterschieden einte sie die Abscheu vor Diktatur und Krieg und der Wille zur gemeinsamen Überwindung der allgegenwärtigen manifesten Not in Freiheit und Demokratie. Unter ihnen war auch Karl Arnold, der im August 1944 als ehemaliger Zentrums- politiker noch kurzzeitig in Gestapo-Haft gesessen hatte.

Arnold stand im Sommer 1945 vor der größten Herausforderung seines Lebens: Seine im Geheimen lange vor dem Zusammenbruch formulierte hypothetische Frage: „Wie wollen wir eigentlich nach der Katastrophe leben?“ harrte nun in der Praxis ihrer konkreten Beantwortung. Zunächst organisierte Arnold das neue parteipolitische Leben in Düsseldorf. Er wusste, ohne lebendige Parteien ist wahre Demokratie nicht möglich. Aus dieser Erkenntnis heraus engagierte er sich in Düsseldorf bei der Gründung einer neuen demokratischen Partei auf christlicher Grundlage: der Christliche Volkspartei (CVP), einer der rheinischen Keimzellen der CDU. Nach dem Untergang des Weimarer Parlamentarismus mit seinen Weltanschauungsparteien und der „planmäßigen Entchristlichung“ Deutschlands durch den Nationalsozialismus war für Arnold und seine Mitstreiter die Zeit reif für eine Sammlung der demokratischen Kräfte und eine Überwindung der konfessionellen Spaltung der Christen in der Politik. Arbeiter und Bürger, Konservative und Liberale, sie alle sollten auf dem Boden des Bekenntnisses zu den christlich-jüdischen Wer-

ten des Abendlandes zusammenwirken beim Aufbau eines neuen, freien und friedlichen Deutschland.

#### *IV. Arnold und die „Operation Marriage“*

Zunächst einmal aber war ganz praktisch die furchtbare Not ringsum zu bekämpfen. Arnold packte energisch an und wurde Anfang 1946 als Vorsitzender der CDU, wie sich die CVP mittlerweile auch in Düsseldorf nannte, vom Stadtrat nahezu einstimmig zum Oberbürgermeister gewählt. Doch bald schon sollten die Blicke der britischen Besatzungsmacht in einem ganz anderen politischen Zusammenhang auf den ersten Vertreter der Stadt Düsseldorf fallen.

Seit 2006 ist die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen im Besitz von Kopien der Originalakten zur Gründungsgeschichte Nordrhein-Westfalens im britischen Nationalarchiv. Auch wenn die wichtigsten Quellen schon vor einiger Zeit in der einschlägigen Fachliteratur zitiert bzw. ediert worden sind, so fesseln den Betrachter die sich in ihnen spiegelnden Hintergründe der Entstehung unseres Landes immer wieder aufs Neue. In der eigentlichen Gründungsakte der „Operation Marriage“, also der Zusammenführung der beiden bisherigen preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen innerhalb der britischen Zone, kann man ausführlich nachlesen, wie seitens der Besatzungsmacht eine Entscheidung administrativ vorbereitet und begründet wurde, die man heute als „nation building“ bezeichnen würde. Man wird bei der Lektüre in die Lage versetzt nachzuvollziehen, wie und was im britischen Kabinett und in der britischen Besatzungsadministration bezüglich der politischen Neuordnung unseres Raumes diskutiert worden ist. So stand es beispielsweise keineswegs von vornherein fest, dass das Rheinland und Westfalen einmal ein gemeinsames Land innerhalb Deutschlands bilden würden.

Heute wissen wir, wie die Diskussion ausgegangen ist. Schließlich wurde die Ehe von Rheinländern und Westfalen unter britischem Segen besiegelt. Eine richtige Entscheidung. Denn aus der anfänglichen Zwangsbeziehung zweier völlig unterschiedlicher Partner wurde im Laufe der Zeit eine Vernunft-ehe zum Wohle beider und wohl auch ganz Deutschlands. Einer der Hauptverantwortlichen für den insgesamt glücklichen Ausgang dieser in jeder Hinsicht ungewöhnlichen „Beziehungskiste“ heißt sicherlich Karl Arnold.

Arnold wurde 1947 der erste frei gewählte Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens. Doch auch das war keine Selbstverständlichkeit, wie die Londoner Akten verraten. Denn hinter den Kulissen tobte unter den Parteien, ja sogar innerhalb derselben ein erbittertes Ringen um Macht, Posten und Einfluss. Eine wohl unvermeidliche Begleiterscheinung der Parteiendemokratie und in diesem Sinne also völlig normal. Aber für die Geschichte Nordrhein-Westfalens war dieses Phänomen mit erheblichen Auswirkungen verbunden. Denn Konrad Adenauer, Partner und härtester Gegenspieler Arnolds in einer Person,

verhinderte zunächst erfolgreich die anfänglich von den Briten erwogene Berufung des Düsseldorfer Oberbürgermeisters zum ersten ernannten Regierungschef wie auch seine Ernennung zum Stellvertreter Rudolf Amelunxens, dem statt seiner berufenen ersten Ministerpräsidenten des neuen Landes. Adenauers Taktieren kostete der CDU schließlich sogar die Mitarbeit im ersten ernannten Landeskabinet.

Aber spätestens nach dem Zusammentritt des ebenfalls von den Briten ernannten Landtages und dem eindeutigen Sieg der CDU bei den Kommunalwahlen im Oktober 1946 konnte die stärkste demokratische Kraft im Lande nicht länger von der Regierungsbeteiligung ausgeschlossen bleiben. Gegen den erklärten Willen des Fraktionsvorsitzenden Adenauer wurde Arnold zunächst Stellvertreter Amelunxens und später dann in freien Wahlen dessen Nachfolger. Adenauer vermochte dies nicht zu verhindern, wie er überhaupt bei der Behinderung der weiteren Karriere seines zeitweiligen Kontrahenten wenig erfolgreich war.

#### *V. Von Ahlen nach Düsseldorf – das „Erfolgsgeheimnis“ der Union*

Aus heutiger Perspektive, in der Konrad Adenauer wie Karl Arnold als große geschichtliche Gestalten der Frühgeschichte der CDU wahrgenommen werden, gilt es, nach den tieferen Ursachen für die zuweilen erbitterte Gegnerschaft zwischen beiden Männern zu fragen. Wahr ist, dass der Gewerkschafter Arnold und der „bürgerliche“ Verwaltungsjurist Adenauer andersgearteten Lebenswelten entstammten und zeitlebens unterschiedliche Vorstellungen mit dem Begriff „sozial“ verbanden. Wahr ist, dass Adenauer, der übrigens erst auf das Werben Arnolds hin den Weg in die neue interkonfessionelle CDU anstelle der ebenfalls 1945 wiedergegründeten katholischen Zentrumspartei gefunden hat, dem von Arnold und vielen anderen damals propagierten „christlichen Sozialismus“ als Mittelweg zwischen Kapitalismus und Kommunismus überaus skeptisch gegenübergestanden hat. Adenauer fürchtete zu Recht, der Begriff „Sozialismus“, so völlig neu er inhaltlich auch im christlichen Geist interpretiert werden mochte, werde der Union mehr Wähler abspenstig machen als ihr zuführen. Und wahr ist ebenfalls, dass Adenauer im Unterschied zu Arnold aus programmatischen wie staatspolitischen Gründen anstatt einer Großen Koalition einer trennschärferen Abgrenzung von (bürgerlicher) Regierungsmehrheit und (sozialdemokratischer) Opposition den Vorzug gab; immerhin befand sich die „Klassenpartei“ SPD damals noch lange vor Godesberg. An diesem Widerspruch in der Koalitionsfrage entzündeten sich schließlich auch die bekanntesten und schärfsten Konflikte zwischen den beiden Parteifreunden.

Unwahr hingegen ist die Behauptung, das berühmte „Ahlener Programm“ des Beirats der CDU in der britischen Zone vom 3. Februar 1947, sozusagen

das Wahlprogramm der Union für die erste nordrhein-westfälische Landtagswahl, sei eine Art persönliches Manifest des Zerwürfnisses zwischen Adenauer und Arnold. Das genaue Gegenteil ist richtig. Das Programm von Ahlen, im Katastrophenwinter 1946/47 – die Menschen hatten nicht genügend Lebensmittel, Wohnraum und Energie zum Heizen – vorbereitet und beschlossen in dem Wissen, nicht Herr über die wirtschaftspolitischen Abläufe im eigenen Land und ständig von der Verstaatlichung der Industrie durch die Besatzungsmacht bedroht zu sein, Ahlen bedeutete den Kompromiss zwischen „linkem“ und „rechtem“ Parteiflügel auf der Suche nach einer tragfähigen, zukunftsweisenden Wirtschafts- und Sozialpolitik. Entsprechend ist es gemeinsam redigiert worden von Konrad Adenauer und Karl Arnold, vom katholischen Gewerkschafter Johannes Albers und dem evangelischen Bankier Robert Pferdmenges.

Unter den damaligen Verhältnissen durchaus nachvollziehbar, legt das Ahlener Programm den Akzent stärker auf das soziale als auf das wirtschaftliche Moment, artikuliert es mehr die Fragen von Besitzverhältnissen und Sozialreformen als diejenigen nach einer freien, dynamischen und zugleich produktiven Wettbewerbsordnung. Dennoch formuliert es wichtige ordnungspolitische Grundsätze, die zusammen mit der von Ludwig Erhard, Alfred Müller-Armack und anderen Ordoliberalen entwickelten Sozialen Marktwirtschaft Eingang gefunden haben in die berühmten „Düsseldorfer Leitsätze“ von 1949. Insofern sprach der damalige CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf eine simple Tatsache aus, als er 1975 bemerkte, die Grundprinzipien des Ahlener Programms bildeten gemeinsam mit den Düsseldorfer Leitsätzen „wichtige Bestandteile der Geschichte unserer Partei“. Und Helmut Kohl hob aus Anlass des 30. Jahrestages von Ahlen im Jahr 1977 aus dem Programm bewusst jenen Absatz hervor, in dem es heißt, „dass Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht getrennt gesehen werden dürfen, sondern dass sie eine Einheit sind und sich gegenseitig binden“.

Der Historiker Rudolf Uertz hat kürzlich über das Ahlener Programm geschrieben, es stehe „nicht nur für einen Neuanfang der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik nach 1945, sondern auch für die legitime Interessenvielfalt der CDU als Volkspartei“. Genau darin liegt das Erfolgsgeheimnis der Union: Erst das Zusammenspiel ihrer unterschiedlichen Flügel und Traditionen, erst das Wirken solch scheinbar gegensätzlicher Charaktere und Symbolfiguren wie Konrad Adenauer, Karl Arnold oder Ludwig Erhard, erst die verschiedenen landmannschaftlichen Prägungen und Akzentuierungen ihrer Landesverbände haben der Union ihre politisch so wichtige Verankerung in allen deutschen Regionen und sämtlichen Schichten unseres Volkes ermöglicht. Die Stärke der CDU bestand nie in einer einseitigen Dominanz der Zentrale, sondern in der Vitalität ihrer föderalen Struktur. Der damalige Ministerpräsident Wolfgang Clement – seinerzeit unbestritten ein Mitglied der SPD – schrieb

2001 in einer Würdigung Karl Arnolds, die von diesem und Konrad Adenauer symbolisierte „so genannte ‚doppelte Union‘“ habe „die CDU als Volkspartei auf eine breite Basis“ gestellt und „über lange Zeit zur modernsten und erfolgreichsten Partei“ in Deutschland gemacht. Wer wollte dieser Analyse widersprechen?

„Karl Arnold ist zu verdanken, dass die CDU nicht nur eine rein bürgerlich-konservative Partei geworden ist“, schrieb der heutige bayerische Landtagspräsident Alois Glück ebenfalls im Frühjahr 2001 in der „Süddeutschen Zeitung“. Der Repräsentant des deutschen Sozialkatholizismus und – neben Jakob Kaiser – wohl bedeutendste Sprecher der Sozialausschüsse gab denjenigen in der Union Gewicht und Stimme, die Franz Josef Strauß einmal auf Bayern bezogen die „Leberkäs-Esser“ genannt hat: den „einfachen Leuten“, der breiten Mittelschicht; denen, die ihre Steuern und Sozialabgaben pünktlich bezahlen, die Familien gründen und die Kinder gewissenhaft erziehen und die durch ihre fleißige Arbeit das deutsche „Wirtschaftswunder“ erst ermöglicht haben. Freilich war Arnold klug genug zu erkennen, dass eben dieses „Wunder“, von dem das Industrieland Nordrhein-Westfalen wie kein anderes Land der Bundesrepublik profitiert, zu dem es aber auch den größten Anteil beigesteuert hat, eigentlich gar kein „Wunder“ gewesen ist. Stattdessen war es das Resultat einer genial konzipierten neuen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Wettbewerb und Eigeninitiative mit sozialer Verantwortung kombinierte. Die unionsgeführte Bundesregierung setzte nach 1949 konsequent das um, was in Ahlen und Düsseldorf zuvor theoretisch grundgelegt worden war: die Synthese aus katholischer Soziallehre mit ihren Grundprinzipien der Personalität, Subsidiarität und Solidarität und protestantischer Wirtschaftsethik, wie sie im System des Ordoliberalismus sichtbar und wirksam geworden ist. Das Ergebnis war die Soziale Marktwirtschaft. Als er erkannte, dass die Sozialdemokraten als Alternative nur Etatismus und staatlich gelenkte Wirtschaftsplanung anzubieten hatten, sprach auch Karl Arnold nicht länger vom „christlichen Sozialismus“, sondern setzte sich mit aller Kraft für das „System Erhard“ ein, weil er in diesem all jene Prinzipien wiederfand, für die er nach Kriegsende so leidenschaftlich gefochten hatte: Einen „sozial gebändigten Kapitalismus“, der genau aufgrund dieser Konditionierung erst Wohlstand und Gerechtigkeit für alle zu schaffen im Stande ist!

Ahlen und Düsseldorf. Zwei Städtenamen aus Nordrhein-Westfalen. Einmal Westfalen, einmal Rheinland. In beiden Landesteilen hatten die christlichen Wurzeln die ideologischen Verheerungen des Nationalsozialismus überdauert, steuerten die lebendig gebliebenen Traditionen von katholischer Soziallehre und evangelischer Sozialethik die entscheidenden Impulse zur Ausbildung einer tragfähigen neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und damit zur Durchsetzung der Demokratie in Deutschland bei. Niemand anderes als Konrad Adenauer brachte schon 1951 diese Zusammenhänge auf den Punkt, als

er über seine Partei schrieb: „Die CDU in Nordrhein-Westfalen ist das Kernstück der gesamten Union. Hier sind die Wurzeln unserer Kraft, nicht nur ziffernmäßig, auch weltanschauungsmäßig und der ganzen politischen Gesinnung nach.“

Aus diesen Zeilen spricht ein großes Selbstbewusstsein. Aber ebenso eine Wertschätzung der politischen Lebensleistung Karl Arnolds, über alle Gegensätze in Einzelfragen hinweg. Für Rainer Barzel, den langjährigen engen Mitarbeiter und Vertrauten von Arnold und zugleich Wegbegleiter des „Alten“ in Bonn, bildeten beide Protagonisten dann auch keine unversöhnlichen Gegenpole, sondern die „zwei Brennpunkte derselben politischen Ellipse“, und zwar gerade *weil* sie oft im Konflikt miteinander standen, sich am Ende aber sinnvoll ergänzten.

#### *VI. Nordrhein-Westfalen – das „soziale Gewissen der Bundesrepublik“*

Im April 1947 wurde Karl Arnold Chef einer breiten Koalition aus CDU, SPD, Zentrum und KPD. Auch wenn die Kommunisten bereits Anfang 1948 aus der Regierung ausschieden, so entspricht die Weite des politischen Spektrums der Landesregierung durchaus den Neigungen des Ministerpräsidenten. Arnold war, obwohl ein Mann der Grundsätze, kein Ideologe. Seinen Politikstil zeichneten Kooperation, Integrationsfähigkeit und Verbindlichkeit aus, nicht Polemik und Konfrontation. Und dieser Haltung blieb er treu. Auf einer Rede in Dortmund im Jahre 1955 erklärt er: „Eine Demokratie, die glaubt, voraussetzungsfrei bestehen zu können, wird bald zum Spielball reiner Interessengruppen, und schlussendlich wird es antidemokratischen Kräften gelingen, durch Missbrauch demokratischer Freiheiten zur Macht zu gelangen.“ Aus diesen Worten spricht die leidvolle Erfahrung des Endes von Weimar. Aber die Ausführungen Arnolds sind im besten Sinne zeitlos, sie mahnen uns heute, und gerade heute, mindestens ebenso ernst und aktuell wie die Menschen damals, zehn Jahre nach dem Ende des Krieges.

Karl Arnold erteilte sozusagen vorausschauend einer Politik postmoderner Beliebigkeit eine eindeutige Absage. Er lehnte eine Politik ab, die feste Wertvorstellungen als Scheuklappenmentalität abqualifiziert. Sein Vermächtnis lautet: Man kann Wahlen gewinnen, wenn man es versteht, die Medienlandschaft zu beherrschen. Wer aber eine Gesellschaft zusammenhalten will, der muss Ziele haben, die über die eigene Existenz hinausreichen. Deshalb darf die CDU das „C“ in ihrem Namen nicht aufgeben. Selbst wenn sie ihm in ihrer praktischen Politik nicht immer gerecht wird, auch nicht immer gerecht werden kann. Das „C“ muss dennoch ihr Anspruch und ihr Maßstab sein und bleiben!

Das Kabinett Arnold stand bei seinem Amtsantritt vor immensen Herausforderungen und Problemen: Nordrhein-Westfalen wies den größten Zerstö-



rungsgrad unter allen Ländern der westlichen Besatzungszonen auf; Hunderttausende waren faktisch obdachlos; hinzu kam der unaufhörliche Strom der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen aus dem Osten. Ernährungskrise, Wohnungsnot, Demontage, Ruhrkontrolle, Entnazifizierung, belgische und niederländische Gebietsansprüche, die Notwendigkeit eines Verfassungsentwurfs für das neue Land – Schritt für Schritt arbeitete die Regierung die drängendsten Aufgaben ab und schuf Lösungen, die zwar nicht immer alles zum Besten wenden konnten, aber oft die schlimmste Not linderten.

Arnolds Beharrlichkeit zahlte sich aus. Zum Ende der ersten Wahlperiode ging es in und mit Nordrhein-Westfalen spürbar bergauf. Die Menschen im Lande lohnten es dem Ministerpräsidenten bei der zweiten Landtagswahl mit einem klaren Vertrauensbeweis. Er wurde wiederum mit der Regierungsbildung beauftragt. Die Fortsetzung des Bündnisses mit der SPD scheiterte jedoch aus inhaltlichen Gründen ebenso wie an strategisch-taktischen Auseinandersetzungen innerhalb der CDU und dem massiven Widerstand von Bundeskanzler Adenauer. Schließlich bildete Arnold eine „kleine“ Koalition mit dem Zentrum. Diese verfügte im Landtag über eine denkbar knappe Mehrheit, hielt aber die komplette Legislaturperiode. An der Politik der Regierung Arnold änderte sich indes nichts. In seiner Regierungserklärung vom 21. September 1950 sprach der Ministerpräsident den legendären, richtungweisenden Satz: „Das Land Nordrhein-Westfalen will und wird das soziale Gewissen der Bundesrepublik sein.“ Das war keine pathetische Phrase. Arnold meinte es ernst. Mit ihm und durch ihn wurde Nordrhein-Westfalen, wurde die nordrhein-westfälische CDU zum sozialen Mahner und Gestalter des sozialen Wandels – nicht selten zum Leidwesen der Bundesregierung. Die paritätische Mitbestimmung und die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand durch Eigentumsbeteiligung an den Unternehmen sind praktische Beispiele seines unermüdlichen sozialpolitischen Wirkens.

Mit seinem Satz vom „sozialen Gewissen“ begründete Arnold zugleich eine spezifisch nordrhein-westfälische „Staatstradition“, die bis heute reicht und wirkt. Das Land an Rhein, Ruhr und Lippe, mit dem klassischen „Revier“ im Zentrum, dem industriellen Herz Deutschlands, war spätestens seit dem 19. Jahrhundert zuallererst ein Land der Arbeiter und Bürger und keines der feudalen Dynastien. Wenn Rainer Barzel im Jahr 2001 sagte, Arnold habe „das künstlich zusammengeordnete Bindestrich-Land Nordrhein-Westfalen zu einer kraftvollen Einheit“ geformt, dann meinte er genau diese sinnstiftende Idee des sozialen Ausgleichs, die Westfalen und Rheinländer zusammenbrachte, wo es an einheitsfördernden historischen und kulturellen Anknüpfungspunkten mangelte. Dass dies ausgerechnet einem gebürtigen Oberschwaben – in Bayern würde man sagen einem „Zugereisten“ – gelungen ist, unterstreicht die große Integrationskraft unseres Landes. Menschen anzuziehen, woher sie auch immer kommen mögen, und ihnen eine neue Heimat zu bieten, zählt sicher

bis heute zu den hervorstechendsten Eigenschaften, welche Nordrhein-Westfalen auszeichnen.

Den Zusammenhalt Nordrhein-Westfalens und eine nordrhein-westfälische Identität zu fördern, ist Karl Arnold ein großes, aber auch selbstverständliches Anliegen gewesen. Er bemühte sich unermüdlich, es in vielfacher Weise in konkrete Politik umzusetzen. Ein herausragendes Beispiel hierfür ist die Gründung eines eigenen Landesrundfunksenders mit Sitz in Köln. Das WDR-Gesetz von 1954 bildet einen der Höhepunkte in den letzten Amtsjahren des Ministerpräsidenten Arnold, erfüllte der neue Sender doch schon bald die ihm zugedachte identitätsstiftende Funktion für das junge Bundesland. Aber auch mit unscheinbareren Maßnahmen und Gesten blieb Arnold bestrebt, Demokratie und Heimatbewusstsein in der Bevölkerung zu stärken. Auf seine Initiative hin verabschiedete Nordrhein-Westfalen beispielsweise als erstes Bundesland einen eigenen Landesjugendplan zur Förderung einer breiten politischen Bildung.

### VII. Der „Vernunftföderalist“

Für Karl Arnold war Nordrhein-Westfalen das „Kernland der Bundesrepublik“. Hinter diesem Anspruch stand weniger Anmaßung als vielmehr das Bewusstsein um eine große Verpflichtung. Die Verpflichtung, nicht nur maßgeblich für das Gelingen eines ungewissen Experiments, der Gründung eines westdeutschen Teilstaats, verantwortlich zu sein, sondern auch, diese Gründung immer in ihrer gesamtdeutschen Perspektive zu verstehen. Dies wird schon deutlich bei der Eröffnung des Parlamentarischen Rates am 1. September 1948 im Bonner Museum König.

Dem Ministerpräsidenten des gastgebenden Landes oblag es, die Eröffnungsrede zu halten. Zuvor hatte er erfolgreich darauf gedrungen, statt des Begriffs „Verfassung“ den Namen „Grundgesetz“ für die noch zu erarbeitende staatliche Ordnung des freiheitlich-demokratischen Teils Deutschlands zu verwenden. Denn Arnold war, wie er in seiner Rede ausführte, überzeugt davon, dass in Bonn „nicht eine endgültige Verfassung für Gesamtdeutschland, sondern eine vorläufige, ein Grundgesetz für das westliche Besatzungsgebiet“ beraten und verabschiedet werden sollte. Arnold dachte immer gesamtdeutsch, war aber Realist genug, unter den obwaltenden Gegebenheiten die Gründung der Bundesrepublik als *Vorbedingung* und nicht als endgültige Absage an ein wiedervereinigtes Deutschland in Freiheit aufzufassen.

Die Länder spielten dabei für Arnold eine herausragende Rolle. In seinen Augen waren sie nicht bloße nachgeordnete Verwaltungseinheiten des Bundes, sondern gesamtstaatsbildende und -tragende Gliedstaaten, die ihre Souveränität in bestimmten Bereichen, vor allem in der Außenpolitik, freiwillig einer übergeordneten Ebene übertragen. Der Düsseldorfer Landeshistoriker Kurt

Düwell nennt Arnold deswegen einen „Vernunftföderalisten“. So verwundert es auch nicht, dass die Länderkammer, der Bundesrat, bei Enthaltung Bayerns den Ministerpräsidenten des einwohnerstärksten Landes zu seinem ersten Präsidenten wählte. Wiederum übrigens gegen den erbitterten Widerstand Konrad Adenauers. Und Arnold sollte seine Wahl sowohl durch seine Antrittsrede als auch durch die Art seiner Amtsführung mehr als rechtfertigen. Er erblickte im Bundesrat nicht die Fortsetzung des parteipolitischen Kampfes im Bundestag mit anderen Mitteln oder gar ein Blockadeinstrument gegen eine unliebsame Bundesregierung. Für ihn, der später den richtungweisenden Begriff des „kooperativen Föderalismus“ prägte, war der Bundesrat ein unverzichtbarer Mittler zwischen Bund und Ländern, der, so sagte er, „gerade dann in Wirksamkeit tritt, wenn die Leidenschaften den Sinn für das Ganze zu gefährden drohen“. Hätten die nachfolgenden Verantwortlichen in den Staatskanzleien und Parteizentralen alle so gedacht und gehandelt wie der kurzzeitige erste Bundesratspräsident, so manche mittelschwere Staatskrise und auch die Föderalismuskommissionen unserer Tage wären wahrscheinlich in dieser Form überflüssig gewesen.

### *VIII. „Europäer mit deutscher Staatsangehörigkeit“*

Walter Henkels, der große journalistische Begleiter der Bonner Republik, hat Karl Arnold im Jahre 1950 einmal als einen „Europäer mit deutscher Staatsangehörigkeit“ bezeichnet. Tatsächlich war Arnold ein deutscher Europäer und ein europäischer Deutscher. Er zählte zu den ersten, die die Notwendigkeit einer westeuropäischen Staatengemeinschaft erkannt haben und nach dieser Erkenntnis auch handelten.

In seiner Neujahrsansprache 1949 unterbreitete der nordrhein-westfälische Ministerpräsident den unerhörten Vorschlag der Gründung eines völkerrechtlichen Zweckverbandes zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg. Hintergrund der Idee war der Gedanke einer internationalen Kooperation im Montanbereich. Damit, schwebte Arnold vor, ließe sich endlich auch die noch immer offene „Ruhrfrage“ auf Dauer und für alle Seiten akzeptabel lösen. Sein Montanplan stieß zunächst freilich im In- wie im Ausland auf Skepsis, ja Ablehnung. Aber wie das mit einer guten Idee immer ist, irgendwann setzt sie sich durch. Der französische Außenminister Robert Schuman griff schon bald den Vorstoß des Düsseldorfer Regierungschefs auf und baute ihn zu seinem berühmten „Schuman-Plan“ aus, der Gründungsurkunde der späteren EG.

Karl Arnold war bewusst, dass er mit seinem Vorschlag originäre Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen verfolgte, musste das Land doch in dem von ihm angestrebten schwerindustriellen Verbund geographisch wie auch ökonomisch dank des Ruhrgebiets und der damaligen wirtschaftlichen Leitfunktion

des Motan-Sektors eine Art natürlichen Schwerpunkt bilden. Nordrhein-Westfalen konnte also von der europäischen Idee nur profitieren. Entsprechend befriedigt nahm Arnold daher die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der EGKS, im Jahre 1953 zur Kenntnis, bedeutete dieser Schritt doch zugleich das Ende des „Ruhrstatuts“ und damit der ökonomischen Fremdbestimmung Nordrhein-Westfalens.

Karl Arnold handelte jedoch nicht aus bloßer Berechnung. Die europäische Aussöhnung, die Bildung einer echten Wertegemeinschaft, die Frieden, Freiheit und Wohlstand für die Völker Europas bringen sollte, waren sein Anliegen seit den Erfahrungen von Diktatur und Krieg unter den Nationalsozialisten. Karl Arnold wurde so zu einem der geistigen Väter und Wegbereiter der heutigen Europäischen Union. Ihm ist aber auch die Erkenntnis zu verdanken, dass europäischer Idealismus und praktischer politischer Erfolg keine Gegensätze bilden müssen. Nordrhein-Westfalen ist hierfür ein hervorragendes Beispiel. Es profitierte von der EGKS in den fünfziger Jahren, und es profitiert heute vom gemeinsamen europäischen Markt. Indem wir unser Engagement und unsere Präsenz in Brüssel beständig steigern und zugleich die enge Kooperation mit unsern westlichen Nachbarn, den Benelux-Staaten, kontinuierlich ausbauen, erfüllen wir die Vorgaben Karl Arnolds und arbeiten an der Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

### *IX. Arnolds Vermächtnis und Auftrag*

Karl Arnold fragte sich zu Beginn seiner Amtszeit: „Wie wollen wir eigentlich leben nach der Katastrophe?“ Heute müsste er seine erkenntnisleitende Fragestellung in etwa folgendermaßen formulieren: „Wie wollen wir eigentlich leben nach den Zeiten der großen Umbrüche, denen wir gegenwärtig ausgesetzt sind?“ Diese Frage, mehr aber noch ihre Beantwortung ist von entscheidender Wichtigkeit für die Formulierung der politischen Ideen und Zielvorgaben, nach denen wir unsere Gesellschaft in den kommenden Jahren ausrichten wollen.

Doch Politik kann nicht allein aus großen Zukunftsentwürfen bestehen. Sie muss handeln, konkret werden, im Hier und Jetzt. Die Globalisierung mit all ihren positiven wie negativen Begleiterscheinungen, die Veränderung des Klimas, der Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft, die demographische Revolution – das sind die Herausforderungen, denen wir uns unmittelfach stellen haben.

Zur Bewältigung der vielen Krisen unserer Gegenwart zählt zunächst die Kenntnisnahme einer wachsenden Abkoppelung der Ökonomie von Staat und Gesellschaft. Wirtschaft als Selbstzweck verstanden aber gibt ihre soziale Verantwortung preis und stellt sich dadurch selbst in Frage. Eine Ideologie des radikalen „Besitzindividualismus“ zerstört ohne sozialetische Begrenzungen

die Grundlagen der Gesellschaft. Ohne Fundamente jedoch bricht die gesellschaftliche Ordnung über kurz oder lang auseinander.

Den Prozess einer sich selbst segmentierenden Gesellschaft aufzuhalten, erscheint als die vordringlichste politische Aufgabe unserer Tage. Wir müssen darum kämpfen, die soziale Einheit des Landes wiederherzustellen. Hier stehen wir vor einer ganz ähnlichen Bewährungsprobe wie Karl Arnold im Jahr 1947. Wo er gegen Hunger, Kälte, Energiemangel, Wohnungsnot und Demontage ankämpfen musste, kämpfen wir heute gegen Altersarmut, Bildungsferne, soziale Verwahrlosung und kulturelle Parallelgesellschaften.

Am besten, und an diesem Punkt treffen wir uns wieder mit Arnold und der frühen CDU, gelingt dieser Kampf, wenn er nicht nur *aus* der Mitte der Gesellschaft heraus geführt wird, sondern speziell *um* und *für* diese Mitte. Präzise auf die Neukonstituierung und Stabilisierung jener Mitte ist deshalb eine Politik der „neuen Sicherheit“, eine Politik der „kreativen Ökonomie“, das heißt einer Ökonomie der Wissensgesellschaft und der Förderung kreativer Köpfe, ausgerichtet. Daher ist sie weder „links“ noch „rechts“ und schon gar nicht rückwärtsgerichtet. Denn eines ihrer vorrangigen Ziele besteht eben darin, als Motor des gesellschaftlichen Wandels zu fungieren, ohne allerdings die Werte, welche unserer Gesellschaft noch immer als gemeinsame Basis dienen, in Frage zu stellen oder sie gar aufzugeben.

Wer eine Spaltung der Gesellschaft verhindern will, der hat die ordnungspolitischen Grundregeln der Sozialen Marktwirtschaft bei allen politischen Entscheidungen zu beachten. Nur das schafft die Chancen zum sozialen Aufstieg und Wohlstand für alle, so, wie es seinerzeit auch die Zielvorstellungen von Karl Arnold und Ludwig Erhard gewesen sind. Nie war die Soziale Marktwirtschaft, der „rheinische Kapitalismus“, deswegen so aktuell wie gerade heute. Die Soziale Marktwirtschaft ist das erfolgreichste ökonomische Modell, über das Deutschland je verfügt hat. In Nordrhein-Westfalen besitzt sie ihre wichtigsten Wurzeln, und an Rhein und Ruhr hatte sie seit den Tagen Karl Arnolds ihre größten Bewährungsproben zu bestehen.

Eine ihrer zentralen Aussagen ist ebenso zeitlos wie einfach: Nur durch die von ihren Akteuren wahrgenommene Verantwortung erhält die Marktwirtschaft ihre gesellschaftliche Legitimation. Ansonsten degeneriert sie zur reinen Machtwirtschaft. Eine Ideologie, für die Geld alles ist, ist zum Scheitern verurteilt. Der Materialismus kann und wird niemals die Grundlage für Deutschlands Zukunft sein. Kaum einer hat das so scharf erkannt und ausgesprochen wie Karl Arnold. Deshalb ist die Soziale Marktwirtschaft ein so kostbares Gut. Denn nur sie garantiert durch das hinter ihr stehende christliche Menschenbild letztlich den Zusammenhalt der Gesellschaft. Es gab und es gibt keinen Widerspruch zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Das haben Konrad Adenauer und Karl Arnold schon gemeinsam in Ahlen erkannt. Und die logische Ergänzung folgte in den Düsseldorfer Leitsätzen: Erarbeiten kommt vor Ver-

teilen. Freier, marktgerechter Wettbewerb, allerdings nach klaren ordnungspolitischen Regeln, ist immer besser als staatlicher Dirigismus und Zwangswirtschaft. Wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit bilden stets immer die beiden Seiten ein- und derselben Medaille. Das war zu Zeiten Karl Arnolds so, und das gilt unverändert heute.

### *X. Schluss*

Karl Arnold war kein naiver Träumer, sondern ein idealistischer Realist mit Visionen. Seine größte Vision allerdings bestand in einem wirtschaftlich starken, sozial gerechten Nordrhein-Westfalen als Teil eines freien, vereinten Deutschlands innerhalb eines friedlichen, einigen Europas. Er hat zäh und pragmatisch an der Verwirklichung dieses visionären Traumes gearbeitet, seine vollständige Realisierung aber nicht mehr erleben dürfen. Der Tod riss ihn am 29. Juni 1958 mitten aus seinem Schaffen und ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, wo er, der zwei Jahre zuvor zur Hälfte der Wahlperiode eine „Schlacht im falschen Saal“ verloren und durch ein eigentlich gegen Bonn gerichtetes Misstrauensvotum des Landtags gestürzt worden war, kurz vor einem glanzvollen Comeback als Ministerpräsident stand. Die Herzen der Menschen aber, „seiner“ Menschen in Nordrhein-Westfalen, hat er erreicht. Hunderttausende gaben ihrer Dankbarkeit Ausdruck, als sie ihm am 3. Juli 1958 entlang des Trauerzuges durch die Landeshauptstadt die letzte Ehre erwiesen. Josef Hermann Dufhues, die starke, prägende Gestalt der westfälisch-lippischen CDU, sprach in seinem Nachruf von der Liebe des Verstorbenen, welche „dem Land an Rhein und Ruhr“ gegolten habe. Und er fügte hinzu: „Dieses Land der Rheinländer und Westfalen hat den Sohn des Schwabenlandes aufgenommen, um ihn für immer zu halten.“

Wolfgang Clement hat Karl Arnold als „Glücksfall für unser Land“ bezeichnet. Und auch ein anderer, großer sozialdemokratischer Ministerpräsident unseres Landes zollte seinem Vorgänger uneingeschränkten Respekt, Johannes Rau. Über alle parteipolitischen Gegensätze hinweg erkannte Rau zu Recht manche Parallelen zwischen ihm und dem ersten freigewählten Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen: Das von Arnold propagierte „übergreifende Zusammenwirken von Regierung und Opposition“ im Sinne einer „Partnerschaft im parlamentarischen Gegenüber“, die Rau „nicht einfach als Umarmungstaktik oder gar als Konfliktangst“ bewertet wissen wollte, sondern als Ausdruck gelebter demokratischer Kultur im Dienst an der Sache. Die auch und gerade in Zeiten des Umbruchs auf den sozialen Zusammenhalt hin ausgerichtete Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik Arnolds. Die von ihm definierte konstruktive Rolle Nordrhein-Westfalens als selbst-, aber auch verantwortungsbewusster Gliedstaat innerhalb des föderalen Aufbaus der Bundesrepublik. Die von Arnold als erstem erkannte Notwendigkeit einer en-

gen Verzahnung und festen Verankerung Nordrhein-Westfalens in der europäischen Werte- und Staatengemeinschaft. Sein Bemühen, dem jungen Land eine innere Struktur zu verleihen und seine Identität zu fördern. Und schließlich in dem Bekenntnis Arnolds zu den christlich-jüdisch-abendländischen Wurzeln, Traditionen und Werten unseres Landes, zu seiner Überzeugung, als Christ zur Übernahme politischer Verantwortung verpflichtet zu sein.

„Dieses Christsein“, sagte Johannes Rau im April 1980 über seinen ebenfalls mitten im Wahlkampf dem plötzlichen Herztod erlegenen christdemokratischen Kontrahenten Heinrich Köppler, „ist nicht das Wahrnehmen einer moralischen Sonderposition; das ist mehr als eine parteipolitische oder eine gesellschaftspolitische Einordnung. Sich als Christ zu verstehen und politisch zu handeln, das heißt vielmehr, Hoffnung für diese Welt zu haben, diese Welt für verbesserungswürdig und verbesserungsfähig zu halten, nicht irgendwann, sondern jetzt und von jetzt an.“ Diese Definition hätte Karl Arnold unbesehen unterschrieben.